



## **Wahlen in Europa: Gefährdet der Rechtsruck die europäische Klimapolitik?**

**Tim Guldemann**

**Juni 2024**

### **Zusammenfassung**

---

Mit dem mit dem bisherigen Mitglied des Europäischen Parlaments Reinhard Bütikofer und der Bundestagsabgeordneten Chantal Kopf – beide BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – diskutiert Tim Guldemann über die Frage, ob der politische Rechtsruck in Europa die europäische Klimapolitik gefährdet.

### **ISPSW**

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## Analyse

Der Grüne Reinhard Bütikofer, der heute seine dritte Amtszeit im Europäischen Parlament beendet, argumentiert: „Vor fünf Jahren hatten wir (..) überall in Europa eine Hochkonjunktur der politischen Diskussion über Klimapolitik. Damals hatte „Fridays for Future“ unglaublich viele, gerade auch junge Leute mobilisiert. (..). Das hat sich geändert. (..) Es liegt daran, dass (..) der Gestaltungsoptimismus, den wir vor fünf Jahren hatten, (..) unter dem Druck der Pandemie und des russischen Aggressionskrieges zerbröselt ist. (..) Sicherheit ist wesentlich zentraler als irgendein Denken über Aufbruch geworden.“ Heute gehe es um die Frage, „ob in den nächsten fünf Jahren das Programm heißt: European Green Deal abzuwracken oder weiterzuentwickeln und zu verbinden mit einer aktiven Industriepolitik.“

Für Chantal Kopf, die für die Grünen im Deutschen Bundestag ist, gebe es „wenige politische Führungsfiguren, die in Europa die Orientierung bieten, wie kommen wir eigentlich aus den Krisen heraus in eine bessere Zukunft.“ (..) Sie sei aber insgesamt erleichtert gewesen, „dass der Rechtsrutsch im EP nicht so massiv ausgefallen ist, wie viele befürchtet hatten.“

Für Bütikofer waren die Fehler der Politik und insbesondere der Grünen, erstens „dass Deutschland zu sehr immer noch glaubt, wir lösen das deutsch.“ Dabei gehe es darum, „mit allen darum zu kämpfen, dass wir es europäisch hinkriegen. Zweitens: (..) Wir können nicht siegen, wenn der Eindruck entsteht, die Ökologie sei irgendwie der Feind der Freiheit, dann blockts (..). Der dritte Fehler ist, wenn du glaubst, das ökologische Denken habe schon die Vorherrschaft erobert. (.. Wenn aber) das nicht der Fall ist (..), dann musst du darüber reden, dass ökologische Politik für wirtschaftliche Innovation gut ist, für soziale Stabilität, für nationale Unabhängigkeit“.

Dazu Kopf: „Wir waren da in der Gesellschaft schon weiter, wenn wir glaubten, dass Klimapolitik und Wirtschaftspolitik in die gleiche Richtung laufen. (..) Dass das aber sehr fragil war, zeigt sich jetzt“, wenn der Gewerkschaftsbund sage: „Klimapolitik gefährdet Arbeitsplätze und überfordert die Gesellschaft“.

„Im Europäischen Parlament“ gebe es, so Bütikofer weiter, „keine progressive Mehrheit mehr (..) Wir müssen, wenn wir etwas gestalten wollen, einen Weg mit der Europäischen Volkspartei finden. Umgekehrt kann die EVP (Europäische Volkspartei) hypothetisch sagen, dann drehen wir uns nach rechts (..). Aber der Preis, den sie dafür zahlen müsste, ist unglaublich hoch, sie würden ihre Seele verkaufen. Deshalb besteht unter dem antidemokratischen Druck von rechts eine Chance, dass die demokratischen Fraktionen Kooperationsmöglichkeiten finden.“

Kann das neue Parlament den Rechtsstaat sichern? Dazu Bütikofer: „Wir haben da lange Jahre den falschen Baum angebellt. (..) Es kann nicht funktionieren, dass man im Rat sagt: Kommission und Parlament kümmert ihr euch mal um Rechtsstaatlichkeit, und wir als Merkel-Regierung oder wer auch immer, kuscheln mit Herrn Orban auf der Ratsebene. Und in dem Moment, wo der Rat angefangen hat, dem Orban zu sagen, wir meinen es ernst, änderte sich da was. Den Kampf um Rechtsstaatlichkeit kann man nicht nach Brüssel wegdelegieren.“

Was sind die Lehren für die Grüne Partei? Diese brauche, so Kopf „ganz dringend ein Angebot für junge Wähler und Wählerinnen, (..weil) die Prioritäten sich verschoben haben und das Thema Sicherheit (..) für junge Menschen ein wichtiger Teil ihres Alltags ist“. Und Bütikofer: Wir „haben Leute vor den Kopf gestoßen (..) bei den Jungwählern, wo wir zwei von drei Stimmen verloren haben, (..) wo die Leute den Eindruck hatten, die wollen uns in eine Klimazukunft pressen, die wir gar nicht wollen. (..) Wann waren wir zum letzten Mal richtig



stark in der öffentlichen Meinung: Als wir fröhlich, einladend, pragmatisch und engagiert rübergekommen sind. Und was ist im Moment das Image, das uns schwächt, das uns binnenfixiert, verbissen und ideologisch sind.“

\*\*\*

### **Anmerkungen:**

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung der Gesprächspartner wieder und erschien erstmalig im Newsletter *DEBATTE ZU DRITT*.

Der Podcast ist zu hören über **Spotify**: [„Wahlen in Europa: Gefährdet der Rechtsruck die europäische Klimapolitik?“ – mit Reinhard Bütikofer und Chantal Kopf - Tim Guldemann - Debatte zu Dritt | Podcast on Spotify](#) oder **Apple Podcasts**: [Tim Guldemann - Debatte zu Dritt: „Wahlen in Europa: Gefährdet der Rechtsruck die europäische Klimapolitik?“ – mit Reinhard Bütikofer und Chantal Kopf on Apple Podcasts](#) oder über die Website [www.timguldemann.ch](http://www.timguldemann.ch) abrufbar.

### **Über den Autor dieses Beitrags**

---

Tim Guldemann, geb. 1950 in Zürich, Studien und Forschungsaufenthalte in Zürich, Lateinamerika, Stockholm und am Max-Planck-Institut in Starnberg, 1979 Promotion, 1979-82 Forschungstätigkeit in der und über die Sowjetunion. 1982 Eintritt in den diplomatischen Dienst. 1996 Honorarprofessur an der Uni Bern, 1996-1999 Leiter OSZE-Missionen in Tschetschenien und Kroatien, 1999-2004 Botschafter in Teheran, 2004-2008 Lehr-tätigkeit an der Uni Frankfurt, 2007/08 Stellvertretender Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs im Kosovo, 2010-15 Botschafter in Berlin, 2015-18 schweizerischer Parlamentsabgeordneter. Seit 2018 Präsident des Museumsrates des Schweizerischen Nationalmuseums.

Tim Guldemann ist verheiratet mit Christiane Hoffmann, zwei Töchter, lebt in Berlin. Bücher über Lateinamerika, Wohlfahrtsstaat, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Sowjetunion und „Aufbruch Schweiz“.



*Tim Guldemann*